



acat.ch



ACAT SUISSE SCHWEIZ SVIZZERA

Action des chrétiens pour un monde sans torture ni peine de mort
Aktion der Christen für eine Welt frei von Folter und Todesstrafe
Azione dei cristiani per un mondo senza tortura né pena di morte

Ein Volk, das nicht sein darf

Kampagnendossier

Die beispiellose Unterdrückung der UigurlInnen in China –
und wieso der Westen seine Stimme erheben soll.

Karfreitag

2021

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser

Als ich bei der Recherche für diese Kampagne auf die Geschichte des uigurischen Models Merdan Ghappar stiess, lief mir ein kalter Schauer über den Rücken. Dieser junge Mann, der den Mut hatte, von einem Internierungslager in Xinjiang aus die Öffentlichkeit zu alarmieren ... Seine erschöpften Gesichtszüge im Selfie-Video; welch ein Kontrast zum fancy Kleidermodell, das auf früheren Bildern zu sehen ist! Hintergründe lesen Sie ab Seite 2. Apropos Kleider: Mehr als zwanzig Prozent der weltweit genutzten Baumwolle wird in Xinjiang durch ZwangsarbeiterInnen produziert. Unsere Wirtschaftsbeziehungen mit China: sehr problematisch, wie Sie ab Seite 8 lesen können.



Gegen diese beispiellose Massenunterdrückung können auch Sie Ihren Beitrag leisten, indem Sie und Ihre Bekannten an unserer Briefaktion an den chinesischen Präsidenten und an die EU teilnehmen. (Infos ab Seite 12).

Ich wünsche Ihnen gute Lektüre. Vielen Dank für Ihr Engagement.

Katleen De Beukeleer
Verantwortliche für Kampagnen und Kommunikation

IMPRESSUM

Herausgeberin ACAT-Schweiz (Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter, Kontaktangaben siehe Seite 16) • **Redaktion** ACAT-Luxemburg, Ruth Blum, Katleen De Beukeleer (Verantwortung, k.debeukeleer@acat.ch), Dominique Joris • **Übersetzung** Bettina Ryser Ndeye, SwissTranslate • **Gestaltung** Katleen De Beukeleer • **Druck** Funke Lettershop AG, Zollikofen

Coverbild UigurlInnen und UnterstützerInnen protestieren in Berlin nach den Unruhen in Urumqi, der Hauptstadt der Autonomen Region Xinjiang, Juli 2009. (BILD: Claudia Himmelreich, Fact Finders Berlin, CC BY 2.0, via Wikimedia Commons)

Diese Kampagne kam zustande dank unseren KollegInnen von ACAT-Luxemburg, auf deren Recherchen und Texten sie grösstenteils basiert.

INHALT

2

Hintergrund

Ein Volk, das nicht sein darf

8

Xinjiang und die Schweiz

Beziehungen China-Europa / Schweiz: zuerst die Wirtschaft, dann die Menschenrechte?

12

Dringliche Appelle

Unterzeichnen Sie die dringlichen Appelle für die UigurlInnen

14

Meditation

Gott spricht zu mir
im Gesicht des Anderen

HINTERGRUND

Ein Volk, das nicht sein darf

Die verzweifelte Lage der UigurInnen in Xinjiang ist bekannt – endlich. Die systematische Repression dieser muslimischen Minderheit durch den chinesischen Staat hat bereits eine lange Geschichte. Zusehends wachsen das Ausmass und die Grausamkeit dieser beispiellosen Massenunterdrückung.

Merdan Ghappar ist es gewohnt, vor der Kamera zu stehen. Flott und reizvoll sieht das uigurische Model auf den Bildern und in den Werbevideos des chinesischen Online-Händlers Taobao aus. Im August 2020 jedoch lässt der 31-Jährige der BBC ein ganz anderes Video zukommen.

In diesem einminütigen Video filmt Ghappar sich selbst in einer Zelle. Die Haare ungestylt, der Gesichtsausdruck ängstlich und müde, die Kleider dreckig. Seine linke Hand ist mit einer Kette an einem Bett festgebunden. Aus Lautsprechern im Hintergrund ertönen grelle chinesische Propagandabotschaften.

Ghappar wurde im August 2018 verhaftet und wegen Cannabisverkaufs zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine falsche Anklage, wie seine Freunde betonen. Einen Monat nach seiner Freilassung holte ihn die Polizei erneut. Die Behörden erklärten lediglich, dass

er vielleicht ein paar Tage Unterricht in seinem Heimatort brauche – ein Euphemismus für die Lager in der chinesischen Autonomen Region Xinjiang. Von einem solchen Lager aus hat das Model es irgendwie geschafft, Zugang zu seinem Telefon zu bekommen und mit der Aussenwelt zu kommunizieren. Die Textnachrichten, die er der BBC ebenfalls zuspielt, sind erschütternd. «Mein ganzer Körper ist mit Läusen bedeckt», schreibt er. «Jeden Tag fange ich sie und pflücke sie von meinem Körper ab – es juckt so sehr.» Ghappar schildert auch die Zustände im Polizeigefängnis, in dem er vorher inhaftiert war. Die Zellen seien dort so übertoll gewesen, dass es keinen Platz zum Schlafen gab. Die Gefangenen müssten ständig einen Sack über dem Kopf tragen, und seit Ausbruch der Corona-Pandemie zusätzlich eine Hygienemaske. Andauernd habe man unerträgliche Schreie von Mitgefangenen aus dem «Verhörraum» gehört.

Vor seiner Verhaftung stand Merdan Ghappar in regelmässigem Kontakt mit seinem Onkel, der im Exil in den Niederlanden wohnt. «Er wurde nur festgenommen, weil ich im Ausland bin und an Protesten gegen chinesische Menschenrechtsverletzungen teilnehme», erklärt der Onkel gegenüber der BBC. Diese Vorgehensweise ist in anderen Fällen gut dokumentiert.

Masseninternierung

Xinjiang, wo Merdan Ghappar gefangen gehalten wird, ist der Siedlungsschwerpunkt der turksprachigen, meist muslimischen Uiguren. Ghappar ist nur ein Gefangener unter vielen: Glaubwürdige Quellen gehen davon aus, dass über eine Million Uiguren in Massen-

Erst mit einem Artikel der New York Times im November 2019 wurde der Beweis für die unvorstellbaren Ausmasse der chinesischen Repression seit 2014 erbracht.

internierungslagern inhaftiert sind oder waren. Die chinesische Regierung begann 2014 mit der Errichtung dieser Lager, in welchen die Uiguren willkürlich und unter brutalsten Verhältnissen gefangen gehalten werden. Beobachter sagen, dies stelle die grösste massenweise Inhaftierung einer ethnischen Minderheit dar, die es derzeit auf der Welt gebe.

Ab 2017 wurde in der westlichen Presse von den Internierungslagern berichtet. China räumte 2018 die Existenz von Lagern ein, behauptete jedoch, es handle sich nicht um Internierungslager, sondern um «berufliche Bildungseinrichtungen», die den Bildungsstand der Uiguren verbessern und ihnen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen sollten. Wie immer verbat sich China die «Einmischung in innere Angelegenheiten».

Erst mit einem Artikel der *New York Times* im November 2019 wurde der Beweis für die unvorstellbaren Ausmasse der chinesischen Repression seit 2014 erbracht. Unter dem Titel «Absolutely No Mercy» veröffentlichte die US-Zeitung die sogenannten «China Cables», aus Informationslecks stammende Geheimdokumente der chinesischen Regierung aus 2017 und 2018. Dutzende Journalistinnen und Experten hatten diese Geheimdokumente ausgewertet. Ihr Fazit: An der brutalen Repressionspolitik gegenüber Uiguren könne es keinen Zweifel geben. Die «Berufsbildungszentren» in Xinjiang seien in Wahrheit schwer bewachte Umerziehungslager, wo ein ganzes Volk indoktriniert und bestraft wird.

Eine lange Geschichte der Unterdrückung

Die Unterdrückung der Autonomen Region Xinjiang hat eine lange Geschichte. Aus Sicht der Uiguren haben die Chinesen die «Zweite Republik Ostturkestan», eine erst 1944 entstandene sozialistische Volksrepublik der Turkvölker in einem kleinen Teil Xinjiangs, 1949 gewaltsam besetzt.

Die chinesische Seite hat eine andere historische Lesart: Die chinesischen Soldaten seien von den Uiguren als Befreier begrüsst worden, die glücklich gewesen seien, Teil der kommunistischen Revolution zu sein.¹

Nach der Besetzung von «Ostturkestan» 1949 gab es in Xinjiang immer wieder gewaltsame separatistische Umtriebe. Von Anfang an versuchte die chinesische Regierung Fakten zu schaffen mit der Ansiedlung von Han-Chinesen, die ihre Kultur und ihre Sprache mitbrachten. Der Anteil der Han-Chinesen betrug 1949 nur vier Prozent der Bevölkerung Xinjiangs. Im Jahr 2019 war ihr Anteil bei einer Gesamtbevölkerungszahl von rund 29,6 Millionen Einwohnern auf mehr als vierzig Prozent angewachsen. Weltweit leben etwa 20 Millionen Uiguren, etwa 18 Millionen davon in Xinjiang und im benachbarten Kasachstan. Geschätzte 2 Millionen

Uiguren haben ihre Heimat verlassen und sind ins Exil gegangen.

Xinjiang mit seinen Grenzen zu sechs weiteren Staaten war geopolitisch und geostrategisch für China von Anfang an von grosser Bedeutung. Hervorzuheben ist, dass sich in der autonomen Region Xinjiang auf einer Fläche von 1,6 Millionen km² (was vierzig Mal der Fläche der Schweiz entspricht) rund dreissig Prozent der kontinentalen Ölreserven und dreissig Prozent der Gasreserven befinden, ohne dass die einheimischen Uiguren von der Ausbeutung dieser Ressourcen profitieren könnten. Die Bedeutung Xinjiangs nahm noch zu, als der 2013 angetretene chinesische Staatspräsident Xi Jinping das gewaltige Infrastrukturprojekt «Neue Seidenstrasse» – mit Xinjiang als Kernregion – zur Chefsache erklärte. Zeitgleich war die Zunahme der Repression gegen die Uiguren zu beobachten.²

KARTE: TUBS, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons



Die Unterdrückung hatte jedoch bereits im Jahre 2009 ein solches Ausmass angenommen, dass Hunderte von Uiguren in der Hauptstadt Urumqi zunächst friedlich gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung protestierten. Als die Proteste nach massivem Einsatz von Polizeigewalt eskalierten, starben mindestens 197 Menschen, Hunderte wurden verletzt. In der Folge kam es 2013 und 2014 zu spektakulären Attentaten, für die eine uigurisch-islamistische Separatistenvereinigung die Verantwortung übernahm. Diese Attentate wurden von der chinesischen Regierung mit aller Härte beantwortet und propagandistisch ausgeschlachtet. China stilisiert sich seither international und mit Verweis auf die Ereignisse von 9/11 als Vorkämpfer gegen den Islamismus heraus und lenkt auf diese Weise von den Ursachen der Attentate ab.

Genereller «Terrorismusverdacht»

Ohne diese Gewalt zu rechtfertigen, sind die Attentate zuallererst als eine Reaktion auf den wachsenden Terror von Seiten der chinesischen Regierung zu werten. Es hat tatsächlich eine Reihe Uiguren gegeben, die sich in anderen Ländern dem IS angeschlossen haben. Dennoch ist es ein perfider Propaganda-Schachzug, alle Uiguren unter Terrorismusverdacht zu stellen und auf diese Weise gleichzeitig die wachsende Islamophobie der westlichen Welt zu bedienen. Viele durchaus kritische westliche Beobachter haben Mühe, zwischen Islam und islamistischem Terrorismus zu differenzieren, während etwa mit dem Buddhismus eine grundsätzliche Friedfertigkeit assoziiert wird.

Mangelndes westliches Interesse

Im Rückblick zeigt sich ein grosser Unterschied im Umgang der westlichen Welt mit dem durchaus vergleichbaren Schicksal der Uiguren und jenem der Tibeter. Im Oktober 1950 marschierte die Volksarmee in das durch den tibetischen Buddhismus geprägte Tibet ein, das fortan zur Autonomen Region Tibet wurde. Die Tibeter wehrten sich anfangs mit allen, auch gewaltsamen Mitteln gegen die chinesischen Besatzer. Die Flucht des Dalai Lama nach Indien im Jahre 1959 wurde von anhaltenden Protesten der westlichen Welt begleitet. Die Kritik an China angesichts der Repression in Tibet ist nie verstummt, und die Tibeter können sich bis heute glücklicherweise einer weltweiten Solidarität gewiss sein. Das im Exil lebende weltliche und geistige Oberhaupt Dalai Lama ist ein international anerkannter und sogar verehrter Verfechter ihrer Sache. Der tibetische Buddhismus geniesst im Westen seit jeher eine hohe Wertschätzung als Quelle spiritueller Inspiration. Die muslimischen Uiguren hingegen hatten niemals eine solch international bekannte Symbolfigur für ihren Widerstand. Hinzu kommt, dass der Islam als Religion im Westen bei weitem nicht so viel Interesse und Sympathie erfährt wie der tibetische Buddhismus.

Vom Schicksal der muslimischen Minderheiten in Xinjiang, zu denen die Uiguren, Kasachen und andere zählen, gelangte über zu lange Zeit nichts ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit. Das änderte sich erst mit der Veröffentlichung der vorhin erwähnten «China Cables». Bis dahin galt Xinjiang vor

allem als Geheimitipp für ambitionierte Kulturtouristen.

2014: Sprunghafter Anstieg der Inhaftierungen

Im Mai 2014 rief die chinesische Regierung die Kampagne «Hartes Durchgreifen gegen Terrorismus» aus. Im Juli 2016 wurde Chen Quanguo zum Parteisekretär von Xinjiang ernannt. In seiner Person trafen sich die uigurische und die tibetische Geschichte ein weiteres Mal. Bevor er nach Xinjiang gekommen war, war Quanguo als Parteisekretär in Tibet für sein brutales Vorgehen gegen die tibetische Bevölkerung berühmt-berüchtigt. Mit seinem Amtsantritt stieg die Zahl der Inhaftierungen in Xinjiang sprunghaft an. Der Polizei- und Sicherheitsapparat wuchs um 90 000 Stellen.³

Heute setzt China in Xinjiang modernste Überwachungstechnologien ein, sodass die Uiguren nun permanent und lückenlos unter Beobachtung stehen. Ganz Xinjiang ist zum Freiluftlager geworden, jeder Schritt wird überwacht, geringste Regelverstöße werden mit der Internierung in Konzentrationslagern geahndet. Tausende von Kindern werden dabei von ihren Eltern getrennt. Ständige Kontrolle und Repressalien sind Alltag für uigurische und andere muslimische Minderheiten und erfassen alle Lebensbereiche: Versammlungen, Sprache, Kultur, Religionsausübung, alles ist bei Strafe untersagt. Sogar das Kinderkriegen wird durch China geregelt: Recherchen zeigen, dass Frauen gewaltsam Methoden der Geburtenkontrolle unterworfen werden.

Direkte Einblicke in diese Tragödie bleiben extrem rar. Die Bilder und Nachrichten des Modells Merdan Ghappar sind fast einmalig. Natürlich kann deren Veröffentlichung eine längere oder härtere Bestrafung für Ghappar mit sich bringen. Trotzdem sagen diejenigen, die ihm nahestehen, es sei ihre letzte Hoffnung, um sowohl auf seinen Fall als auch auf die Notlage der Uiguren im Allgemeinen hinzuweisen. «Zu schweigen wird ihm auch nicht helfen», sagt Merdan Ghappars Onkel der BBC von seinem Exil in Amsterdam aus.●

^{1,2} www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54592/china-xinjiang

³ vgl. Süddeutsche Zeitung 25.11.2019 und www.bpb.de (s. oben)

Dieser Beitrag basiert auf dem Text «Nicht ohne Grund gab Allah zwei Ohren, aber nur eine Zunge» von ACAT-Luxemburg. Er wurde anfangs Februar 2021 in der Ausgabe



«China-Menschenrechte-Luxemburg» der luxemburgischen Zeitschrift **Forum** veröffentlicht, welche für die vertiefte Lektüre sehr zu empfehlen ist.

→ Einzelne Online-Forum-Beiträge:



www.forum.lu/issue/china-menschenrechte-luxemburg

→ Ganzes Heft bestellen:

auf www.forum.lu

oder per Mail an office@forum.lu.

Der **BBC-Bericht** mit dem Video, den Textnachrichten und Bildern von Merdan Ghappar finden Sie hier:

www.bbc.com/news/world-asia-china-53650246

XINJIANG UND DIE SCHWEIZ

Beziehungen China-Europa/Schweiz: zuerst die Wirtschaft, dann die Menschenrechte?

Zuerst das Portemonnaie: Soll das der Leitgedanke unserer Beziehungen mit China sein? Die Arbeitsplätze in unseren Unternehmen und Industrien sind wichtig, aber nicht um jeden Preis. Schwere Menschenrechtsverletzungen, wie die Unterdrückung der UigurlInnen, dürfen nicht ignoriert werden.



Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte und insbesondere seit Xi Jinping 2013 an die Macht kam, hat China stetig an strategischer, militärischer und vor allem wirtschaftlicher Macht gewonnen. China hat sich zu einem der wichtigsten globalen Akteure der Weltwirtschaft entwickelt. Und es baut seinen Einfluss weiter aus. Im November 2020, inmitten der globalen Pandemie, schloss das Land ein umfassendes Freihandelsabkommen mit 14 asiatisch-pazifischen Staaten. Ende Dezember 2020 schlossen auch die Europäische Union (EU) und China – ihr zweitgrösster Handelspartner – ihre Verhandlungen über ein Investitionsabkommen ab. Doch China hat dieses Abkommen an eine strikte «Nichteinmischung – durch die Europäer – in seine inneren Angelegenheiten» geknüpft. Unter den Teppich gekehrt

werden die Kritik an den Zwangsarbeitslagern in Xinjiang und die Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong. Das Abkommen muss noch vom Europäischen Parlament ratifiziert werden, aber die Stimmen der China-kritischen Abgeordneten sind in der Minderheit und werden die Ratifizierung des Textes nicht verhindern. Die Verhandlungsposition der EU wird somit weiter geschwächt, denn diese hat die Gelegenheit verpasst, deutliche Worte gegenüber einem Land zu finden, das in Sachen Menschenrechte keine Skrupel hat.

Was die Schweiz betrifft, so ist zwischen den beiden Ländern seit 2014 ein Freihandelsabkommen (FHA) mit breitem wirtschaftlichem und kommerziellem Geltungsbereich in Kraft. Für Schweizer Unternehmen und für die Arbeitsplätze in unserem Land sind diese Abkommen natürlich von grosser Bedeutung. Das FHA war sogar das erste seiner Art zwischen China und einem kontinentaleuropäischen Staat.

Er wurde jedoch vom Parlament ohne die von der Zivilgesellschaft geforderten menschen- und arbeitsrechtlichen Garantien verabschiedet, und der Text wurde nicht dem fakultativen Referendum unterstellt, obwohl Umfragen zeigen, dass 75 % der Schweizer Bevölkerung eine bessere Berücksichtigung der Menschenrechte in den vom Bund ausgehandelten FHA wünschen.

Das FHA hat sicherlich zum Aufschwung der Schweizer Wirtschaft beigetragen. Und zum wirtschaftlichen Aufstieg Chinas, während sich die Menschenrechtssituation in China verschlechtert hat. Tibeter, Uiguren, Oppositionelle aus Hongkong, Pandemie-Whistleblower, Christen, Falun Gong-Anhänger, Anwälte, Menschenrechts- oder Umweltaktivistinnen – kurzum, alle, die sich der allmächtigen Kommunistischen Partei Chinas in den Weg stellen, werden verfolgt, zum Schweigen gebracht, inhaftiert, gefoltert, gnadenlos eliminiert. Selbst Bundesrat Ignazio Cassis räumte im Sommer 2020 ein, dass die Menschenrechtsverletzungen in China zunehmen. Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz es mit Menschenrechtsfragen genauer nimmt und ihre Stimme gegen diese Verletzungen erhebt, insbesondere wenn sie sich gegen die uigurische Bevölkerung richten.

Diskretes Rückübernahmeabkommen mit China: auf Staatskosten!

Das 2015 mit China abgeschlossene Rückübernahmeabkommen ist lange Zeit unbeachtet geblieben.

Die Schweiz hat mit etwa fünfzig Ländern solche Abkommen abgeschlossen, die es erlauben, Staatsangehörige

zu identifizieren die sich illegal in der Schweiz aufhalten – wie zum Beispiel abgelehnte Asylbewerber – um sie in ihr Herkunftsland zurückzuschicken.

Das Abkommen mit China ist daher keine Ausnahme. Aber es erweist sich in mehrfacher Hinsicht als sehr problematisch. Zunächst einmal handelt es sich bei diesem Text um ein einfaches

Umfragen zeigen, dass 75 % der Schweizer Bevölkerung eine bessere Berücksichtigung der Menschenrechte in den vom Bund ausgehandelten Freihandelsabkommen wünschen.

«technisches Abkommen» (im englischen Text «arrangement») und nicht um ein formelleres, von einem Bundesrat oder einem hochrangigen Diplomaten paraphiertes Übereinkommen, wie es mit den meisten anderen Ländern der Fall ist. Auf Schweizer Seite war das Staatssekretariat für Migration (SEM) für die Unterzeichnung zuständig. China wird durch sein Ministerium für Staatssicherheit vertreten. Weder der Name noch die Funktion der beiden Unterzeichner erscheint neben den Unterschriften. Es scheint, dass alles getan wurde, damit der Text so wenig Aufmerksamkeit wie möglich erregt. Inhaltlich erlaubt das Abkommen der Schweiz, Spezialisten der chinesischen Regierung einzuladen. Diese

dürfen Nachforschungen anstellen über Personen, die wahrscheinlich aus der Schweiz weggewiesen werden, und diese Menschen befragen, um herauszufinden, ob sie chinesische Staatsangehörige sind oder nicht. Der ganze Aufwand (einschliesslich Flugtickets, Spesen, Kranken- und Unfallversicherung sowie Sicherheitsmassnahmen) geht auf Kosten des Bundes. Der Direktor des SEM stellt klar, dass das Abkommen die Tibeter nicht betrifft. Diese Bevölkerungsgruppe darf nicht nach China weggewiesen werden. Die Experten des SEM sagen, dass für die anderen chinesischen Staatsangehörigen die Risiken im Zusammenhang mit einer Rückkehr ernsthaft analysiert werden. Das SEM betont arglos, dass keine Anhörungen mit Menschen stattfinden, denen bei einer Rückkehr nach China Verfolgung droht. Wie aber kann das SEM sicher sein, dass diese Menschen – beispielsweise Uiguren oder Falun Gong-Anhänger – nach ihrer Rückkehr in die Heimat nicht von ihrer Regierung verfolgt oder bedroht werden? Und selbst wenn sie in der Schweiz bleiben: Was passiert mit ihren Familien, sobald ihre Identität aufgedeckt wurde? Sind Angehörige, die womöglich in China geblieben sind, dann noch in Sicherheit? Es ist so gut wie unmöglich oder auf jeden Fall sehr schwierig, eine Kontrolle der Rückkehrer oder ihrer Familien vor Ort zu gewährleisten. Die von der Schweiz oft angeführten diplomatischen Garantien sind unserer Meinung nach illusorisch. Laut dem SEM hat die Schweiz seit 2015 nur einmal von der umstrittenen Einladung Gebrauch gemacht. Und

bekräftigt, dass die Schweiz auch ohne dieses im Dezember 2020 ausgelaufene Abkommen weiterhin chinesische Agenten einladen kann – dies auf der Grundlage der Verordnung über die Weg- und Ausweisung und Landesverweisung von ausländischen Personen. Warum also drängen die Schweizer Behörden auf eine Erneuerung dieses Abkommens? Ein Parlamentsausschuss wird sich im März dieses Jahres mit der Angelegenheit befassen. Letztlich wird aber der Bundesrat das letzte Wort haben. Die Zivilgesellschaft, einschliesslich ACAT-Schweiz, wird die Entwicklung dieses Dossiers weiterhin sehr aufmerksam verfolgen müssen.

Unsere aus dem Reich der Mitte importierte Kleidung: Um die Uiguren ist es sehr schlecht bestellt

Im Jahr 2020 häufen sich die Zeugnisaussagen und Berichte, die China zunehmend für seine grausame Unterdrückung der uigurischen Muslime in Xinjiang anprangern, insbesondere für die Zwangsarbeitslager und die gegen diese ethnische Gruppe entwickelte Politik der ideologischen Gleichschaltung. Doch diese Unterdrückung hat Auswirkungen ... auch auf unsere Portemonnaies und Schränke! Tatsächlich wird ein Teil der im Westen zu tiefen Preisen gekauften Kleidungsstücke von Tausenden von Uiguren, die in diesen Lagern inhaftiert sind, in Fabriken hergestellt – mit Baumwolle, die in Xinjiang unter unmenschlichen Bedingungen geerntet wird.

Führende Marken stehen im Verdacht, sich auf diesem Markt einzudecken (zum Beispiel H&M, C&A oder Calvin

Klein). Und gemäss einer weltweiten Koalition von NGOs steht ein Fünftel der Baumwollprodukte mit Zwangsarbeit und Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang in Verbindung. China ist der grösste Baumwollproduzent der

Unter dem Hashtag #NoComplicity haben der *Uigurische Verein Schweiz* und die *Gesellschaft für bedrohte Völker* auf der Plattform *Campax* eine Petition organisiert, die den Bundesrat auffordert, das 2013 abgeschlossene

Freihandelsabkommen mit China neu zu verhandeln. Dadurch soll sichergestellt werden, dass keine in die Schweiz importierten Produkte von uigurischen Zwangsarbeitern hergestellt werden. Die Petition fordert insbesondere die Einführung von «verbindlichen Klauseln zur Achtung der Menschenrechte», «soliden Kontrollmechanismen» und dass «Beschäftigungs- und Arbeitsstreitigkeiten vor ein Schiedsgericht gebracht werden». Die Petition mit 23 000 Unterschriften

wurde Anfang September 2020 dem Bundesrat übergeben. ●

QUELLEN: ACAT-Luxemburg mit forum.lu/humanrights.ch/Administration_suisse/SwissInfo/Le_Temps/ Center for Security Studies, ETH Zürich/ gfbv.ch/campax.org

Zeit, hinzuschauen: China ist der grösste Baumwollproduzent der Welt, wobei 84% der Produktion aus Xinjiang stammt.

Welt, 84% der chinesischen Produktion stammen aus Xinjiang (siehe den Link zur Petition «End Uyghur Forced Labour» am Ende dieses Textes). Ausserdem kommen die meisten der in der Schweiz verwendeten Hygienemasken aus China. Viele Maskenhersteller bedienen sich der Zwangsarbeit. Die Masken, die wir verwenden, stammen möglicherweise aus dieser Quelle.



Infos zur Schweizer Kampagne #NoComplicity :
bit.ly/NoComplicity_DE



Die Petition « End Uyghur Forced Labour » unterschreiben:
enduyghurforcedlabour.org



DRINGLICHE APPELLE

Unterzeichnen Sie die dringlichen Appelle für die UigurInnen

ACAT-Luxemburg hat zwei dringliche Appelle ausgearbeitet, welche (in Form von zwei Petitionsbriefen) von den europäischen ACATs übernommen werden. Der eine fordert den chinesischen Präsidenten auf, den uigurischen Menschenrechtsverteidiger Ilham Tohti freizulassen, und der zweite bittet die Europäische Union, gegenüber China entschlossen vorzugehen, um der Unterdrückung der uigurischen Bevölkerung ein Ende zu setzen.

Permanente eindringliche Überwachung der Bevölkerung mit modernster Technik, Verbot kultureller und religiöser Praktiken im öffentlichen und privaten Rahmen, Verbot von Versammlungen, willkürliche Inhaftie-

rung in Masseninternierungslagern, Misshandlung und Folter, Zwangsarbeit, Zwangssterilisationen und -abtreibungen, ideologische Indoktrination ... Das ist das tägliche Los von Millionen Uiguren in Xinjiang.

Diese Übergriffe wurden lange Zeit von der internationalen Gemeinschaft und den Medien ignoriert, doch können sie nicht länger verleugnet werden. Die Beweise sind erschütternd. Sie betreffen auch die Vorteile, die die Textilindustrie und die Verbraucher, die wir alle sind, aus der Zwangsarbeit von Tausenden von Uiguren ziehen. Diese stellen unter unmenschlichen Bedingungen grosse Mengen an Baumwollserzeugnissen her, welche zu niedrigen Preisen in unseren Geschäften verkauft werden.

18. Dezember 2019, europäisches Parlament: Stellvertretend für ihren inhaftierten Vater, Ilham Tohti, nimmt Jewher Ilham den Sacharow-Preis für geistige Freiheit entgegen.





Gemeinsam für die Menschenrechte

Mit Ihrer Spende setzt sich ACAT-Schweiz seit 40 Jahren weltweit für Menschen ein, denen Unrecht und Schmerzen zugefügt werden. Wir sehen hin, informieren und handeln gegen das Vergessen. Wir helfen Einzelnen, klagen ein und an. Sie tragen viel dazu bei.

Das Recht auf Leben und das Verbot von Folter sind universelle Menschenrechte. Dennoch ist unsere Arbeit bitter nötig: ACAT-Schweiz prangert mit Appellen und Petitionen willkürliche Verhaftungen, Menschenrechtsverletzungen und die Todesstrafe an. Genauso – wie aktuell mit der Kampagne zum Karfreitag 2021 – die menschenverachtende Verfolgung von Völkern wie den Uiguren durch Chinas totalitäres Regime. Wir fordern hier wie dort auf zum Hinschauen und zum Handeln gegen das Vergessen.

Das gelingt uns nur – und immer wieder – mit Ihrer ideellen und finanziellen Hilfe. Ihre Spende ist eine Investition in den Erhalt der Menschenwürde und rettet Leben. Danke für Ihren nachhaltigen Support – gestern, heute und morgen. Jeder Franken zählt.

Kontaktieren Sie unsere Fundraising-Verantwortliche **Ruth Blum**:

079 220 85 64 ● r.blum@acat.ch

ACAT-Schweiz ● Speichergasse 29 ●
Postfach ● 3001 Bern ● www.acat.ch

Spendenkonto:

IBAN: CH16 0900 0000 1203 9693 7
Postkonto: 12-39693-7

Menschenrechtsverteidiger, die gegen diese Verbrechen protestieren, werden vom Xi Jinpings Regime nicht «übersehen». Sie werden willkürlich verhaftet und verurteilt, jahrelang inhaftiert, gefoltert oder zum Verschwinden gebracht und haben keine andere Wahl, als ins Exil zu gehen, wenn sie ihr Leben retten wollen.

Ilham Tohti, der bekannte Menschenrechtsverteidiger und Verfechter der Rechte der uigurischen Minderheit Chinas, muss sein langjähriges Engagement für den Dialog und das gegenseitige Verständnis zwischen den Uiguren und anderen chinesischen Völkern teuer bezahlen. Er wurde 2014 zu lebenslanger Haft verurteilt, setzt sich aber weiterhin für Mässigung und Versöhnung ein.

Der Petitionsbrief an den chinesischen Präsidenten fordert die unverzügliche Freilassung von Ilham Tohti. Der zweite Appell verlangt vom Vizepräsidenten der Europäischen Union, Druck auf China auszuüben im Hinblick auf ein Ende der Verfolgung der uigurischen Gemeinschaft.

Wir laden Sie ein, die beiden beigefügten Petitionsbriefe zu unterschreiben und sie direkt an die betreffenden Adressaten (nicht an ACAT) zu senden. Die Einschränkungen aufgrund der Pandemie verbieten immer noch Versammlungen. Umso dankbarer sind wir Ihnen, wenn Sie die Briefe in Ihrem Umfeld weitergeben oder sie in den Kirchen öffentlich zugänglich auflegen. ●



Die Petitionsbriefe stehen auch online zum Download bereit:

www.acat.ch > **Aktiv werden > Karfreitag**

Muster-Kollektenansage für Ihre Kirche oder Pfarrei:

→ Siehe www.acat.ch > Aktiv werden > Karfreitag



MEDITATION

Gott spricht zu mir im Gesicht des Anderen

Wir betrachten das «Antlitz Christi, Dornenkrone», das Alexej Jawlensky 1918 gemalt hat, das Gesicht eines über alle Massen gequälten Menschen, in Schmerz versunken. Die Dornenkrone verweist auf die zweifache Marter: zu dem körperlichen Schmerz tritt die Erfahrung von Verachtung und Verhöhnung. Das «Lichtzeichen» auf der Stirn des Gemarterten ist bereits ein Hinweis auf die Überwindung des Leidens. Wenn wir uns also diesem Bild des Schmerzes voll und ganz aussetzen, tun wir das in der Hoffnung und dem Glauben, dass Tod und Gewalt nicht das letzte Wort haben werden.

Die Evangelien erzählen vom Leiden und Sterben Jesu. Unmittelbar davor ist bei Matthäus (25,40) das letzte Vermächtnis Jesu überliefert: «Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.» Wer sind die geringsten Brüder und Schwestern? Oder «Wer ist mein Nächster?» Im Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lk 10,29-36) gibt Jesus eine sehr klare Antwort auf diese Frage: Der Mensch, der gerade aktuell Hilfe braucht, ist unser Nächster, und zwar unabhängig von Religion, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, sozialem Stand. Diesem Menschen sollen wir Nächster werden, indem wir uns selbstverständlich und mit aller Hingabe für ihn einsetzen.

Und so tauchen in diesem Jahr hinter dem Gesicht des Schmerzensmannes die Gesichter der Männer, Frauen und Kinder der muslimischen Minderheit der Uiguren in der Autonomen Republik Xinjiang auf, denen sich die diesjährige Karfreitagskampagne widmet. Sie dürfen ihre Sprache, ihre Kultur, ihre Religion nicht mehr leben. Sie stehen unter permanenter Beobachtung und Kontrolle durch den chinesischen Staat. In Masseninternierungslagern erleiden unzählige von ihnen Misshandlung und Folter und sehen dem kulturellen Genozid entgegen, hinter dornigem, scharfem Stacheldraht weggeschlossen – vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Ein uigurisches Sprichwort sagt: «Nicht ohne Grund gab Allah zwei Ohren, aber nur eine Zunge.» Wir beten zu Gott, er möge uns helfen, die Gequälten zu hören und mit einer Zunge gemeinsam für unsere Schwestern und Brüder einzutreten. Mit dem Psalmisten beten wir: «Mein Herz denkt an dich: Suchet mein Antlitz! Dein Antlitz, Herr, will ich suchen!» (Ps 27,8) und wissen dabei: «Gott spricht zu mir im Gesicht des Anderen» (E. Levinas) – im Antlitz des verwundbaren, verwundeten Menschen.●

ACAT-Luxemburg

Im Dunkel unserer Nacht Entzünde das Feuer Das niemals mehr erlischt ...

Taizé



Entzünden Sie ein Licht der Hoffnung!

Die Lichttüten können Sie weiterhin bei der ACAT-Geschäftsstelle beziehen:

5 Stück CHF 10.-
10 Stück CHF 13.-
ab 15 Stück CHF 1.- / Stück

Preise inkl. Porto und Verpackung.

Versand mit Rechnung und Einzahlungsschein.



ACAT-Schweiz
Speichergasse 29 • Postfach • 3001 Bern
+41 (0)31 312 20 44

info@acat.ch • www.acat.ch • www.facebook.com/ACATSuisse

Postkonto: 12-39693-7 • IBAN: CH 16 0900 0000 1203 9693 7



Ihre Spende
in guten Händen.